

# dbb regional magazin

Juli/August 2024 • 31. Jahrgang

7/8

Mecklenburg-Vorpommern  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Thüringen

Naturmonument zwischen Ost und West

## Das Grüne Band





„Grünes Band“ soll Weltkulturerbe werden

# Vom Todesstreifen zur Lebenslinie

Wo fast 40 Jahre lang Stacheldraht, Mauern und Wehrtürme einen Eisernen Vorhang zwischen Ost- und Westdeutschland bildeten, verläuft heute auf 1 380 Kilometern Länge das „Grüne Band“, der längste Biotopverbund Deutschlands.

2

Wo bis 1989 44 000 Soldaten, 600 Wachtürme, ein Metallgitterzaun, Tausende Landminen und Selbstschussanlagen jeden Fluchtversuch zwischen Ostseestrand und Dreiländereck bei Hof unterbinden sollten und die Zeit in der 5-Kilometer-Sperrzone mehr oder weniger stehen blieb, ist ein einmaliges Nationales Naturmonument entstanden. Der ehemalige innerdeutsche Grenzstreifen steht mittlerweile auch auf der deutschen Vorschlagsliste für

eine Aufnahme in das UNESCO-Welterbe.

## ► Naturschützer wurden initiativ

Vor allem Naturschützern aus Ost und West ist es zu verdanken, dass unmittelbar nach der Wende bereits erste Pläne zur Sicherung dieses unberührten Lebensraums zwischen Ostsee und Thüringer Wald geschmiedet wurden und erstmals der Begriff „Grünes Band“ Verwen-

dung fand. Dadurch ist eine reiche Kulturlandschaft mit Hecken, Erlenbrüchen und natürlichen Seen erhalten geblieben. Denn aufgrund seiner jahrzehntelangen hermetischen Abriegelung zeichnet sich das ehemalige Grenzgebiet durch unberührte Altgrasbrachen und Feuchtgebiete, durch Altholzbestände, Sumpfbereiche und Heideflächen aus, die über 5 000 Tier- und Pflanzenarten beherbergen. Bedrohte oder seltene Tierarten,

wie der Schwarzstorch und das Braunkehlchen, haben hier Lebensraum gefunden. Seltene Pflanzen, die in anderen Teilen Deutschlands kaum noch vorkommen, wie das Helm-Knabenkraut, konnten gedeihen.

2001/2002 wurde nach Angaben des Bundesamtes für Naturschutz dieses Rückzugsgebiet für viele gefährdete Arten und Biotoptypen zunächst als Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben „Bestandsaufnahme

Grünes Band“ ausgewiesen. Das sei Ausgangspunkt für viele weitere Schritte zur Sicherung und Entwicklung des Gebiets sowie für eine enge Zusammenarbeit von Behörden und Naturschutzverbänden gewesen. Im November 2005 wurde das Grüne Band dann als Nationales Naturerbe eingestuft und 2007 in der Nationalen Strategie der Bundesregierung zur Erhaltung der biologischen Vielfalt (NBS) als Leuchtturmprojekt hervorgehoben.

### ■ Verlauf in Ostdeutschland

Das Grüne Band verläuft bis auf wenige Ausnahmen in den ostdeutschen Bundesländern. Nach langjährigen Verhandlungen konnten bis 2010 mit allen betroffenen Bundesländern Vereinbarungen zur kostenlosen Übertragung von Bundesflächen im Grünen Band als Teil des Nationalen Naturerbes an die Länder beziehungsweise deren Großschutzgebietsverwaltungen oder Naturschutzstiftungen getroffen werden. Bis 2020 wurden so insgesamt circa 6 300 Hektar Fläche im Grünen Band als Bestandteil des Nationalen Naturerbes übertragen.

Der weitaus längste Teil des Grünen Bandes verläuft mit 763 Kilometern in Thüringen und durchquert vom Dreiländereck Sachsen-Bayern-Thüringen im Vogtland bis zum Harz im Norden die verschiedensten Naturräume. Das Land hat die Fläche von circa 6 500 Hektar zwischen Landesgrenze und dem von ehemaligen Grenztruppen benutzten Kolonnenweg im Jahr 2018 per Gesetz als Nationales Naturmonument gesichert. Schutzzweck ist neben dem Naturschutz auch die Erinnerungskultur.

2019 hat Sachsen-Anhalt mit der Ausweisung des Nationalen Naturmonuments „Grünes Band Sachsen-Anhalt – vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ nachgezogen. Das Land hat

damit einen 343 Kilometer langen Abschnitt entlang der gesamten niedersächsisch-sachsen-anhaltischen Landesgrenze und eine Fläche von 4 754 Hektar gesichert.

In Mecklenburg-Vorpommern erstreckt sich das Grüne Band entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze vom Priwall an der Ostsee bis in die Niederungen der Elbe auf 157 Kilometern Länge.

Der sächsische Abschnitt beträgt gut 42 Kilometer an der Grenze zu Bayern und ein Großteil davon wurde bereits Mitte der 1990er-Jahre unter Naturschutz gestellt. Brandenburg trägt auf 30 Kilometern zum bundesweiten Projekt bei. Auch das Teilstück wurde zum Nationalen Naturmonument erklärt.

Heute ist das Grüne Band der größte Biotopverbund Deutschlands, fast ein Drittel zählt zu Naturschutzgebieten. Mit Ausnahme des Hochgebirges kommen alle deutschen Landschaftsformen vor, vom Mittelgebirge bis zu den norddeutschen Niederungen.

### ■ Ort der Erinnerung

Für die Idee eines Grünen Bandes haben sich von Anbeginn aber nicht nur Umweltaktivisten, sondern auch Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung der DDR eingesetzt, die die Erinnerung an das große Unheil wachhalten wollten, das die ehemalige Grenze bewirkt hat. Familien und Freunde wurden auseinandergerissen, Anwohner zwangsausgesiedelt und bespitzelt und Menschen auf der Flucht getötet. Rechnung getragen wird diesem wichtigen Anliegen entlang des Grünen Bandes heute mit zahlreichen Gedenkstätten, Mahnmalen und Grenz Museen.

### ■ Wandern und Radeln

Aktivurlauber können das Grüne Band bis auf wenige

Ausnahmen entlangwandern oder -radeln. Unterwegs sind sie dann auf dem sogenannten Kolonnenweg, dem mit zweireihigen Lochbetonplatten ausgelegten Weg, der auf Ostseite parallel zum Zaun angelegt wurde. Hier patrouillierten die DDR-Grenztruppen.

Eine der beliebtesten Strecken an der ehemaligen innerdeutschen Grenze ist der 90 Kilometer lange beschilderte Harzer Grenzweg, der auch über den 300 Tage im Nebel liegenden Brocken führt.

Das Angebot an Wanderwegen auch rund um das Grüne Band ist riesig. Es gibt beispielsweise den Zweiländerweg Rodachtal zwischen Bayern und Thüringen, den Grenzlandweg in der Eichsfelder Schweiz und mit der Burg ruine Hanstein im westlichen Zipfel von Thüringen sogar eine mittelalterliche Festung, die zwischen 1952 und 1989 im Sperrgebiet lag.

Eine Fahrradtour bietet sich nahe der Grenzregion auch in der Naturlandschaft des Frankenwaldes an. Und überall hat man sich dem sanften Tourismus verschrieben – zum Schutz des buchstäblich historisch gewachsenen Naturraums.

### ■ Auf dem Weg zum UNESCO-Welterbe?

Das Zusammenspiel von konservierter Natur und Spuren der Weltgeschichte als Erinnerungskultur ist einzigartig. „Ich kann mir kein besseres Denkmal für eine überwundene deutsch-deutsche Grenze vorstellen als einen großen Nationalpark von der Ostsee bis zum Thüringer Wald“, sagte 1989 der berühmte deutsche Naturfilmer Heinz Sielmann, der sich früh für den Schutz des Grünen Bandes einsetzte. Zu Recht laufen Bestrebungen darauf hinaus, das Band auf ganzer Länge zum UNESCO-Weltnatur- und Weltkulturerbe zu erklären.

Übrigens: Für einen guten Überblick muss man nicht zwingend ins Segelflugzeug steigen. Auch von der Thüringer Warte aus, ein Aussichtsturm im bayerischen Teil des Thüringer Schiefergebirges, lässt sich ein Stück des heute wild wuchernden Grenzstreifens noch sehr gut als Band erkennen – als Grünes Band. ■

## dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

#### Herausgeber:

Landesvorsitzender Dietmar Knecht  
dbb beamtenbund und tarifunion  
landesbund mecklenburg-vorpommern  
Heinrich-Mann-Straße 18, 19053 Schwerin  
Tel.: 03855.811050, post@dbb-mv.de,  
www.dbb-mv.de

Landesvorsitzende Nanette Seidler  
SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen  
Theresienstraße 15, 01097 Dresden  
Tel.: 0351.4716824, post@sbb.dbb.de,  
www.sbb.de

Landesvorsitzender Ulrich Stock  
dbb beamtenbund und tarifunion sachsen-anhalt  
Schleinerstraße 12, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391.5619450,  
post@sachsen-anhalt.dbb.de,  
www.sachsen-anhalt.dbb.de

Landesvorsitzender Frank Schönborn  
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen  
Landesgeschäftsstelle  
Schmidtstädter Straße 9, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361.6547521, post@dbbth.de,  
www.thueringer-beamtenbund.de

**Redaktion:** Annemarie Wellige  
(leitende Redakteurin)

#### Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt  
Sachsen: Nannette Seidler

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Frank Fritze

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

**Layout:** FDS, Geldern

**Titel:** © Otmar Fugmann

**Verlag:** DBB Verlag GmbH,  
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

**Telefon:** 030.7261917-0

**Telefax:** 030.7261917-40

**Internet:** www.dbbverlag.de

**E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH,  
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,  
40878 Ratingen

**Telefon:** 02102.74023-0

**Telefax:** 02102.74023-99

**E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

#### Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715

#### Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

**Telefon:** 02102.74023-714

#### Anzeigenposition:

Britta Urbanski,

**Telefon:** 02102.74023-712,

Preisliste 27, gültig ab 1.1.2024

#### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern



dbb Bundesvorstand tagte in Mecklenburg-Vorpommern

# Knecht: Politik muss sich stärker für die Daseinsvorsorge einsetzen

Auf seiner Sommersitzung hat der dbb Bundesvorstand am 16. und 17. Juni in Warnemünde neben der aktuellen politischen Lage nach der Europawahl die Anfang 2025 bevorstehende Einkommensrunde bei Bund und Kommunen sowie die Politik Mecklenburg-Vorpommerns in Bezug auf den öffentlichen Dienst beraten.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig dankte den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in einer Videobotschaft und betonte die in den vergangenen Jahren gewachsene Bedeutung der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger. Im Anschluss stellte sich Mecklenburg-Vorpommerns Finanzminister Heiko Geue nach einem Impulsreferat, in dem er unter anderem den Wettbewerbsföderalismus bei der Besoldung, insbesondere im Verhältnis zu Schleswig-Holstein und Hamburg, beklagte, der Diskussion mit den Anwesenden.



➤ Finanzminister Dr. Heiko Geue (rechts) und der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am Rande der Sitzung des dbb Bundeshauptvorstandes in Warnemünde

© Bernd Scharffenberg

## ➤ **Schädlicher Wettbewerbsföderalismus**

Die dbb Landesbundvorsitzenden aus den norddeutschen Bundesländern nahmen den Ball sofort auf und regten konkrete Gespräche an. Geue sagte seine Beteiligung spontan zu und auch der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bot seine volle Unterstützung an.

Seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 können die Länder eigenständig die Besoldung ihrer Landes- und Kommunalbeamten und -beamtinnen regeln. Dadurch haben sich nicht nur die Besoldungstabellen, sondern auch Zulagen und Zuschläge auseinanderentwickelt. Die Situation hat sich infolge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum

Abstandsgebot der Besoldung gegenüber der sozialen Grundsicherung noch weiter verschärft. Vielfach wird der Mindestabstand inzwischen bis hin zur Besoldungsgruppe A 10 nicht mehr eingehalten, worauf mit leistungsfeindlichen Familiensonderzuschlägen reagiert wird.

## ➤ **Überflüssige Bürokratie**

Das gemeinsame Ziel sollten transparente, verfassungsfeste, attraktive und möglichst einheitliche Besoldungsregelungen sein. Das aktuelle System erschwert dagegen einen sachlichen Vergleich und schürt Neiddebatten sowie einen unfairen Wettbewerb. Nicht zuletzt verursacht die komplexe länderspezifische Rechtslage überflüssige Büro-

kratie sowie vielschichtige Unsicherheiten bezüglich der verfassungsgemäßen Alimentation, die in jedem Bundesland individuell geprüft und gegebenenfalls gerichtlich eingeklagt werden muss.

„Wir begrüßen die angekündigte Initiative des Finanzministers, möglichst einheitliche Besoldungsbedingungen an Ost- und Nordsee sowie an der Elbe anzustreben“, unterstrich der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht. In der Diskussion machte er darüber hinaus deutlich, wie wichtig es ist, einerseits attraktiv für junge Menschen zu sein, die sich für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst entscheiden sollen, ohne andererseits das vorhandene Personal „vor den Kopf zu stoßen“.

## ➤ **Verlässlichen Besoldungsdialog angemahnt**

„Nach den Vorkommnissen um die Neuordnung der Besoldungsstruktur in Mecklenburg-Vorpommern, die ursprünglich linear auch für das Bestandspersonal gelten sollte und Ende 2023 von der Landesregierung über Nacht kassiert wurde, muss der in wenigen Tagen beginnende Besoldungsdialog 2.0 mit den Spitzenorganisationen für die Betroffenen verlässlicher werden. Wir müssen weg von Minimallösungen, wir brauchen einen durch die Politik gestärkten und motivierten öffentlichen Dienst für die Herausforderungen der nächsten Zeit, zum Beispiel in den Bereichen Innere Sicherheit, Justiz und Bildung“, appellierte Knecht. ■

Personalversammlung im Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit

# Land bleibt Schlusslicht bei der Besoldung – Abwanderungen vorprogrammiert!

Der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, hat die aktuelle Besoldungspolitik des Landes scharf kritisiert. Mit den derzeit in der parlamentarischen Beratung befindlichen Gesetzentwürfen zur Besoldungsstruktur und zur Besoldungsanpassung infolge des Tarifabschlusses mit den Ländern würden lediglich Mindeststandards umgesetzt und dies auch nur aufgrund des gewerkschaftlichen Drucks, stellt Knecht bei einer Personalversammlung im Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit fest.

„Während der rot-rote Koalitionsvertrag die zeit- und systemgerechte Übertragung des Tarifabschlusses regelt und die Landesregierung dieser Verpflichtung nachkommt, erleben wir bei der Besoldungsstruktur ein ausgesprochen kontraproduktives Verhalten. Hier findet eine Abkehr des Landes von dem Grundsatz statt, für junge Menschen attraktiv zu sein, ohne das Bestandspersonal aus den Augen zu verlieren“, so Knecht. „Denn mit den geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der Bundesverfassungsgerichtsurteile zur amtsangemessenen Alimentation wird das Be-

standspersonal weiter extrem demotiviert.“

## ■ Fast jeder Zweite legt Widerspruch ein

Mehr als 7000 Besoldungswidersprüche (also fast die Hälfte der Beamtenschaft des Landes) sprachen eine deutliche Sprache, spiegelten die Stimmung in den Behörden wider und zeigten, was die Betroffenen von der Halbzeitbilanz der rot-roten Koalition halten.

Auch das blinde Festhalten an der Höchstaltersgrenze von 40 Jahren für die Verbeamtung stehe im Widerspruch zu der

Notwendigkeit, dringend benötigte Fachkräfte an das Land zu binden. Allein in den letzten Wochen haben beispielsweise überwiegend lebensältere Lehrkräfte das Land in Richtung Nachbarländer verlassen, um ihren Dienst künftig dort zu verrichten. Denn die meisten Nachbarländer verbeamteten bis zum 50. Lebensjahr – Berlin im Bildungsbereich sogar bis zum 52.

## ■ Gesamte Besoldung gehört auf den Prüfstand

„Demotivation, Desinteresse und Abwanderung sind damit vorprogrammiert. Wenn wir

bei der Sicherung der Daseinsvorsorge nicht Schiffbruch erleiden wollen, müssen dringend und vor allem schnell Attraktivitätssteigerungen her. Dazu haben wir unter anderem die Zusage des Finanzministers erhalten, dass er seinen am 8. September 2023 auf der Finanzministerkonferenz Nord in Schwerin gestarteten Vorstoß für eine stärkere Vereinheitlichung der Besoldung in Norddeutschland fortsetzen wird“, sagte der dbb Landesvorsitzende. Darüber hinaus sei es unumgänglich, die Besoldung insgesamt auf den Prüfstand zu stellen, insbesondere die nicht mehr zeitgemäßen Eingangsämter. Ein weiteres Thema müsse auch die Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen sowie die Erweiterung des Erschweriszulagenkatalogs sein. „Wir erwarten die baldige Aufnahme entsprechender Gespräche mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen“, machte Knecht abschließend deutlich. ■

## > Landesseniorenvertretung sticht in See

Zu einer gemeinsamen Ausfahrt auf der Poeler Kogge „Wissemara“ hatte die dbb Landesseniorenvertretung am 13. Juni die Seniorenvertreter der Mitgliedsgewerkschaften eingeladen. Mit an Bord war eine Delegation der Landesleitung des dbb m-v mit dem Vorsitzenden Dietmar Knecht, seinen Stellvertretern Susann Meyer und Michael Blanck sowie der Vorsitzenden der dbb Landesfrauenvertretung, Brigitte Schroeder.

Über 30 Seniorinnen und Senioren waren der Einladung des Vorsitzenden der dbb Landesseniorenvertretung, Gerd Dümmel, gefolgt. Bei wechselhaftem, aber insgesamt nicht unfreundlichem „norddeut-

schen“ Wetter verbrachten alle einen erlebnisreichen gemeinsamen Nachmittag mit interessanten Gesprächen, nicht nur um seniorenpolitische Themen, auf der Wismarer Bucht.



dbb frauen tagen in Schwerin

# Kampf für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit weiterführen!

Frauen-, gleichstellungs- und gewerkschaftspolitische Themen hat die Landesfrauenvertretung des dbb m-v bei ihrer Sitzung am 12. Juni in Schwerin beraten. Außerdem wurden die Schwerpunkte der dbb Veranstaltungen aufgearbeitet.

In ihrer Begrüßung nahm die Vorsitzende der Frauenvertretung des dbb m-v, Brigitte Schroeder, Stellung zu den Ergebnissen der Europa- und Kommunalwahlen vom 9. Juni 2024. „Der starke Zulauf zu rechtsextremen Parteien, die gegen alles stehen, wofür wir dbb frauen uns über Jahrzehnte eingesetzt haben, zeigt, dass es gerade jetzt besonders wichtig ist, den Kampf für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit weiterzuführen, zu verstärken und für die Rechte der Frauen einzustehen“, mahnte Schroeder, „die zunehmende Gewalt gegen Frauen muss gestoppt werden. Die Istanbul-Konvention muss umgesetzt und die Prävention verbessert werden.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden wesentliche Inhalte und Ergebnisse der zurückliegenden Hauptversammlungen der dbb bundesfrauenvertretung in Nürnberg und Bonn

ausgewertet. Die Vorsitzende berichtete schließlich über Inhalte und Ergebnisse der 18. Frauenpolitische Fachtagung des dbb sowie über Veranstaltungen des Frauennetzwerkes auf Landesebene.

In der anschließenden Diskussion gab Cathleen Kiefert-Demuth von der komba gewerkschaft m-v Einblick in ihre Tätigkeit bei der Leitstelle für Frauen und Gleichstellung bei der Landesgleichstellungsbeauftragten im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Verbraucherschutz. Sie informierte über den aktuellen Sachstand des gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms der Landesregierung, das im Koalitionsvertrag als Querschnittsaufgabe für alle Ministerien festgeschrieben ist und zurzeit erarbeitet wird. In den Jahren 2022 und 2023 seien in zehn Arbeitsgruppen unter der Mitarbeit aller gesellschaftlichen Bereiche diverse Themen bearbeitet worden. In



> Kristin Förster (GDL), Dr. Cathleen Kiefert-Demuth (komba), Anett Lengsfeld (VDStra.), Claudia Hinzmann (DVG), Brigitte Schroeder, Dietmar Knecht, Kirsten Kaletta (komba) Friederike Kammermeier-Krakow (DJG), Cora Lang (vbba), Sophie Schwarz (DPoLG) (von links)

den nächsten Wochen würden die Unterarbeitsgruppen nochmals tagen, damit zum Jahresende eine entsprechende Kabinettsvorlage vorliegt.

Kiefert-Demuth berichtete außerdem über die geplante Einführung eines Haushaltsprogramms zum sogenannten Gender Budgeting, das derzeit im Finanzministerium erarbeitet wird. Das bedeutet, dass künftig in jedem Haushaltstitel die finanziellen Auswirkungen für Frauen und Männer gesondert abgebildet werden.

Die Mitglieder der dbb Landesfrauenvertretung freuten sich,

auch den dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht in ihrer Runde begrüßen zu können. Knecht informierte über aktuelle Themen wie die Umsetzung der Inflationskostenpauschale für die Landesbeamtinnen und -beamten und die aktuellen Gesetzesvorhaben der Landesregierung zur Anpassung der Besoldungsstruktur und zur Mehrarbeitsvergütung.

Die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung bedankte sich am Ende der über dreistündigen Sitzung bei den Delegierten für die rege Teilnahme und die interessante und anregende Diskussion. ■

## VBE verlässt Bildungspakt

„Der VBE hat sich entschieden, den Bildungspakt zu verlassen. Darüber haben wir die Ministerpräsidentin und die Bildungsministerin am Mittwoch in einem Schreiben informiert.“ Das hat der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Michael Blanck, am 14. Juni in Schwerin bekannt gegeben. Begründet wurde der Austritt unter anderem mit den nach drei Jahren weitgehend ausgebliebenen Ergebnissen des Zusammenschlusses.

Der Bildungspakt „Gute Schule 2030“ war im April 2021 zwischen der Landesregierung und den Lehrgewerkschaften und Dachverbänden geschlossen worden, um die Bildung deutlich voranzubringen.

### Keine Partnerschaft auf Augenhöhe

„Nach drei Jahren Bildungspakt, also einem Drittel der



Laufzeit, sind wir zu dem Schluss gekommen, dass wir dem eigentlichen Ziel kaum nähergekommen sind. Hinzu kommt, dass wir als VBE weder in die Vorbereitung des Bildungspaktes eingebunden waren noch in der Arbeit das Gefühl hatten, Partner auf Augenhöhe zu sein“, so Blanck.

Der VBE kritisiert, dass es bisher nicht gelungen ist, insbesondere für die Bestandslehrkräfte spürbar entlastende Maßnahmen umzusetzen. So seien nennenswerten Schritte ausgeblieben, um älteren Lehrkräften entgegenzukommen und sie so länger im Dienst zu halten. Viele von ihnen schieben Jahre vor Erreichen des regulären Rentenalters aus dem Schuldienst aus. Damit gehen den Schulen ein enormer Erfahrungsschatz verloren, was auch von vielen Eltern mit Sorge gesehen werde. Die Anspannung in den Kollegien der

Schulen sei derzeit sehr hoch. „Wir hatten immer mehr den Eindruck, dass es mehr um die Verwaltung oder gleichmäßige Verteilung des Mangels geht. Das ist nicht unser Anspruch und entspricht auch nicht dem Ziel einer guten Schule 2030“, so der Verbandsvorsitzende.

#### ■ Bildungspakt wurde nicht einbezogen

Letztlich habe es das Fass zum Überlaufen gebracht, dass die zuständigen Ministerien die Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes auf den Weg gebracht hätten, ohne den Bildungspakt rechtzeitig einzubeziehen. Blanck: „Das wichtige Thema Lehrkräfteausbildung, das im Bildungspakt ausdrücklich als Verhandlungspunkt festgeschrieben ist, wurde und wird leider nicht mit den Partnern verhandelt. Auf Regierungsebene werden hier bereits Pakete entwickelt, ohne

alle Partner des Bildungspaktes einzubeziehen. Dazu gehört unter anderem die geplante Einführung eines Sekundarstufenlehramtes. Es geht uns an dieser Stelle auch nicht darum, wie man zu einem Sekundarstufenlehramt steht. Aber genau das hätte das federführende Ministerium vorher mit den Partnern diskutieren müssen. Das war und ist aus unserer Sicht Inhalt des Bildungspaktes. Und wenn die Landesregierung gerade in diesen wichtigen Fragen ihren Part nicht erfüllt, sehen wir keine Chance mehr für eine fruchtbare Zusammenarbeit.“

#### ■ Weckruf für die Politik

Aus Sicht des VBE MV muss es mit den Planungen auch deutlich besser und schneller gehen. „Deshalb wollen wir mit unserem Austritt aus dem Bildungspakt ein deutliches Zeichen setzen. Wenn wir im Bil-

dungsbereich vorankommen wollen, muss mehr passieren, als bisher geschehen oder geplant ist. Vor allem dürfen wir uns keine Fehlentwicklungen mehr leisten. Bildungsstudien wie PISA haben gezeigt, was wir brauchen. Wir hoffen, dass unser Beschluss auch ein Weckruf für die nationale Politik ist. Aus dem PISA-Schock muss ein PISA-Ruck werden. Und dazu leisten wir gerne unseren Beitrag, auch außerhalb des Bildungspaktes. Wir werden ihn jetzt noch kritischer von außen betrachten, können uns freier für Bildungsthemen einsetzen und damit die anderen Partner zu erfolgreicherem Handeln drängen. Wenn es dann zu Maßnahmen kommt, die wirklich zu Verbesserungen in den Schulen führen, werden wir die Ersten sein, die applaudieren und gratulieren. Andernfalls werden wir mit Kritik nicht sparen“, so der VBE-Landesvorsitzende abschließend. ■

## Verband Hochschule und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern (vhw-MV) Vertreterversammlung tagte

Die diesjährige Vertreterversammlung des vhw-MV fand am 12. Juni 2024 in Warnemünde statt. Bei der alljährlich durchgeführten Vertreterversammlung legt der Landesvorstand Rechenschaft über die Arbeit des vergangenen Jahres ab, berichtet über die Verwendung der finanziellen Mittel und lässt den Haushaltsplan für das kommende Jahr beschließen.

Treffpunkt der diesjährigen Veranstaltung war die Außenstelle der Hochschule Wismar in Warnemünde. Der vhw-MV war zu Gast im Fachbereich Seefahrt, Anlagentechnik und

Logistik der Fakultät für Ingenieurwissenschaften.

Vor Beginn der eigentlichen Delegiertenversammlung hatten die Kolleginnen und Kolle-

gen Gelegenheit, das Maritime Simulationszentrum Warnemünde (MSCW) zu besichtigen. Hier wird zu Ausbildungs- und Trainingszwecken der nautische und technische Schiffsbetrieb unter Einbeziehung der landseitigen Unterstützung durch die Verkehrszentralen simuliert. Das MSCW beherbergt insgesamt vier Simulatoren: den Schiffsführungssimulator, den Schiffsmaschinensimulator, den Verkehrsleitstellensimulator und den Schiffssicherheits-trainer. Die Zeit verging hier wie im Flug.

Im Anschluss an die äußerst interessante Führung begann die Vertreterversammlung im großen Sitzungssaal unter der Leitung des vhw-Landesvorsitzenden Prof. Dr. Manfred Krüger. Nach den üblichen Berichten wurde der Vorstand einstimmig entlastet. Ebenso einstimmig wurde die zuvor angekündigte Änderung der Satzung der vhw-MV beschlossen. Damit gilt ab sofort die Satzung vom 12. Juni 2024.

Der Abend klang im Restaurant „Carls“ aus, wohin der vhw-MV die Teilnehmer zu einem gemütlichen Abendessen eingeladen hatte.

Der Landesvorsitzende bedankte sich im Namen aller bei Prof. Dr. Ute Schreiber für die Organisation und die große Unterstützung vor Ort. ■



➤ Die Teilnehmer der Vertreterversammlung vor dem Maritimen Simulationszentrum Warnemünde

Für Demokratie und Menschlichkeit im Erzgebirge

# „Nie wieder ist jetzt!“

Initiative „Demokratisches Erzgebirge“ führt Kundgebung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus durch.



Die Initiative „Demokratisches Erzgebirge“ ist ein breites Bündnis von Bürgerinnen und Bürgern sowie verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen aus dem Erzgebirge. Alle Beteiligten eint die Überzeugung, dass es wichtig ist, auch im Erzgebirge ein friedliches Zeichen für ein demokratisches Miteinander zu setzen. Die Initiative „Demokratisches Erzgebirge“ gründete sich Mitte Januar 2024, nachdem die Recherche von CORRECTIV veröffentlicht wurde, wonach AfD-Politiker, Mitglieder der Werteunion, Neonazis und finanzstarke Unternehmer im November 2023 in einem Hotel bei Potsdam die Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland geplant haben sollen.

## ➤ 600 demonstrierten in Aue-Bad Schlema

Schon am 4. Februar 2024 fand die erste Demonstration der Initiative in Aue-Bad Schlema mit 600 Teilnehmenden statt. Selbst gestaltete Plakate richteten sich gegen Hass, Gewalt und Diskriminierung und riefen zu mehr Respekt, Toleranz und So-

lidarität in der Gesellschaft auf. Zwar war die Demonstration von Gegenprotesten der Anhänger von AfD und Freien Sachsen begleitet, verlief aber dank Polizeischutz friedlich. Pfarrer, Sozialarbeiter, Künstler und junge Menschen gaben in kurzen Redebeiträgen ihre Gedanken und Emotionen zu den Grundwerten Demokratie und Menschenrechte wieder. Bürgerrechtler Frank Richter zollte den Teilnehmern Dank und Respekt.

Es folgten in den darauffolgenden Wochen weitere Demonstrationen in Stollberg und in Annaberg-Buchholz.

## ➤ Unterstützung vom SBB

Die Initiative „Demokratisches Erzgebirge“ wird aktuell von mehr als 40 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt. Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen ist seit der zweiten Veranstaltung dabei.

Am 26. Mai 2024 fand eine weitere Kundgebung in Löbnitz statt. Hier wurde – wie in der Vergangenheit – vorab zum Friedensgebet in die St. Johanniskir-

che in Löbnitz eingeladen. Ab 15 Uhr begann die Kundgebung „Nie wieder ist jetzt – für Demokratie und Menschenrechte“ auf dem Markt der Stadt, wo die rund 150 Demonstranten das Steigerlied anstimmten.

Dem Aufruf waren auch dieses Mal die verschiedenen demokratischen Kräfte gefolgt. Erstmals konnte mit Barbara Schöberl als Stellvertreterin des Bürgermeisters von Löbnitz eine CDU-Vertreterin begrüßt werden. In ihrem Redebeitrag ging sie auf drei Beispiele von Vertreibungen in ihrer Familiengeschichte ein. Ein Politiker der Linken, ein Gewerkschafter und der Pfarrer des Ortes, Raphael Weiß, sprachen zum Auftakt. Zwischendurch wurde immer wieder von einer örtlichen Bandgemeinschaft Musik gespielt. Anna Cavazzini, Europaabgeordnete der Grünen, knüpfte an die Worte des SPD-Bundestagsabgeordneten Carlos Kasper an, der unmittelbar vor ihr gesprochen hatte, und forderte dazu auf, „wählen zu gehen“. So könne man „den Nazis ein Kreuz durch die Rechnung machen“. Zwischendurch

herrschte Aufregung, als aus einem Fenster, vor dessen Geländer eine Deutschlandfahne hing, „L’amour toujours“ ertönte, das Lied, zu dem seit Monaten rassistische Parolen gegrölt werden – nicht nur auf Sylt. Auch wenn diese ausblieben, wusste jeder, was gemeint war.

## ➤ Respekt, Toleranz und Solidarität gefordert

Auch in Löbnitz zeigten die Teilnehmenden viele verschiedene kreative Plakate, die für ein demokratisches Miteinander warben. Mit der Kundgebung wurde ein weiteres Zeichen gegen Hass, Gewalt und Diskriminierung gesetzt, die in den letzten Jahren im Erzgebirge zunehmend sichtbar geworden sind. Die Demonstranten forderten mehr Respekt, Toleranz und Solidarität in der Gesellschaft und eine starke Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen. Eine Fortsetzung der Aktionen ist geplant.

*André Ficker, stellvertretender Landesvorsitzender*



## Sächsisches Personalvertretungsgesetz

# Novellierung beschlossen

Der Sächsische Landtag hat in seiner letzten Sitzungswoche am 12. Juni 2024 nach einem längeren Verfahren das Sächsische Personalvertretungsgesetz (SächsPersVG) beschlossen.

Vorausgegangen war schon im Mai 2023 eine Anhörung des Regierungsentwurfs durch das federführende Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI). Der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen hatte als Spitzenorganisation mit den zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände bereits bei dem Termin eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben und in wichtigen Punkten Verbesserungsvorschläge gemacht.

In einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss des Sächsischen Landtages am 7. März 2024 hat die Landesvorsitzende Nannette Seidler nochmals für den SBB zu der Gesetzesnovelle Stellung bezogen. Zu den Änderungen beziehungsweise der Erweiterung in § 2 sagte sie wörtlich: „Partnerschaftlich, vertrauensvoll, kooperationsorientiert, respektvoll und offen – Personalräte sind keine Verhinderer, ganz im Gegenteil. Personalräte arbeiten in aller Regel tatsächlich vertrauensvoll mit ihren Dienststellen zusammen. Eine Dienststelle ist aus meiner Sicht immer gut beraten, mit ihrem Personalrat lieber mehr als weniger zu reden.“

### Notwendige Änderungen

Notwendig waren Änderungen für die Ausgestaltung von digitalen Sitzungs- und Abstimmungsformaten und Neuregelungen von datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Weiterhin wurden die Zuständigkeit der AGs der HPRs, der Wahlzeitraum für die JAV und

die Freistellungsquote für Personalräte ab 200 Beschäftigten der Regelung im Betriebsverfassungsgesetz entsprechend umgesetzt. Wünschenswert wäre allerdings eine komplette Übernahme der im Betriebsverfassungsgesetz verankerten Staffelung zur Freistellung gewesen. Dies könnte dann auch in Dienststellen mit beispielsweise 1 500 bis 2 000 Beschäftigten und mehr zu einer weiteren Freistellung und damit zu mehr Anerkennung und Unter-



stützung der sehr wichtigen Arbeit von Personalräten führen. Teilfreistellungen wurden nunmehr gesetzlich verankert.

### Mitbestimmungstatbestand „Mobile Arbeit“

Ausdrücklich begrüßt wird vom SBB, dass die „Ausgestaltung von mobiler Arbeit, die mittels

Informations- und Kommunikationstechnik erbracht wird“, zu einem Tatbestand der vollen Mitbestimmung wird. Mit Art. 26 der Sächsischen Verfassung ist dies vereinbar. Denn dort wurde im Mai 1992 – im Bewusstsein der zurückliegenden friedlichen Revolution – verankert: „In Betrieben, Dienststellen und Einrichtungen des Landes sind Vertretungsorgane der Beschäftigten zu bilden. Diese haben nach Maßgabe der Gesetze das Recht auf Mitbestimmung.“ Dies ist jetzt mit Blick auf die mobile Arbeit infolge der digitalen Entwicklung in der öffentlichen Verwaltung neu und zukunftsfähig geregelt worden. Die Vereinbarkeit von

Einführung des Begriffes „wesentlich“ im Zusammenhang mit den Erweiterungen von Beurteilungsrichtlinien und bei Änderungen von technischen Einrichtungen wurde bei der Novellierung leider nicht berücksichtigt. Auch die Änderung bei der Wertung von Stimmenthaltungen bei Abstimmungen und die damit einhergehenden Regelungen für die Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder hätte andere Konsequenzen nach sich ziehen müssen. Hier hatte der SBB vor neuen Unklarheiten gewarnt.

Insgesamt wurden einige Verbesserungen im SächsPersVG umgesetzt. Nach dieser Novellierung wird das Thema

Familie und Beruf kann damit weiter verbessert werden und die öffentlichen Arbeitgeber werden in die Lage versetzt, attraktivere Rahmenbedingungen anzubieten.

### Kritikpunkte bleiben

Die Kritik des SBB über die Erweiterung beziehungsweise

„modernes und zukunftsfestes Personalvertretungsgesetz für Sachsen“ aber auch in der nächsten Wahlperiode auf unserer Agenda stehen. „Da kann und muss noch mehr gehen!“, hatte die Landesvorsitzende Nannette Seidler festgestellt.

*André Ficker, stellvertretender Landesvorsitzender*

SBB Frauen

# Digitale „Runde Ecke“ zum Thema „Du hast die Wahl!“

Am 29. Mai 2024 fand die digitale „Runde Ecke“ der SBB Frauen zum Thema „Du hast die Wahl!“ statt.

Besonders gefreut haben wir uns, dass die stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb, Milanie Kreutz, zu Beginn der Veranstaltung ein Grußwort hielt. Kreutz führte aus, dass die Hauptversammlung der dbb frauen bei ihrer Frühjahrssitzung in Bonn einstimmig eine Resolution gegen Rechtsextremismus verabschiedet hat. Die dbb frauen nehmen besorgt wahr, dass nicht demokratische Bewegungen auch ein Einfallstor für Antifeminismus sind. Sie verurteilen jegliche Form von Rechtsextremismus, Frauen- und Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sowie jede Ideologie, die Frauenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter infrage stellt oder Geschlechterstereotype fördert. Derartige Ideologien stehen im Widerspruch zu den Grundwerten unserer demokratischen Gesellschaft.

## Kein Randproblem

Im Anschluss ging Brigitte Triems auf europäischer Ebene

der Frage nach, inwieweit Rechtspopulismus und Antifeminismus die Gleichstellungspolitik bedrohen. Sie analysierte die Werte und Ziele rechtspopulistischer Parteien in Europa und kam zu dem Schluss, dass rechtspopulistische und teilweise auch bürgerlich-konservative Kräfte kein Randproblem mehr darstellen, sondern salonfähig in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Sie verdeutlichte anhand von Beispielen, inwieweit Gleichstellungspolitik und weitere Gleichstellung in Europa dadurch bedroht sind.

## Expertinnenrunde erinnerte an starke Frauen

In der darauffolgenden Expertinnenrunde wurde die Diskussion von der europäischen auf die Landes- und schließlich auf die lokale Ebene heruntergebrochen.

Friederike Berger und Sarah Thomas stellten die Arbeit des Frauenstadtarchivs Dresden



> Die Organisatorinnen und Referentinnen der hybriden Sitzung

vor und berichteten von starken Frauen, die sich vor nicht mal 100 Jahren für das Frauenwahlrecht und weitere Frauenrechte eingesetzt haben. Sie zogen Vergleiche zur Gegenwart.

Susanne Köhler vom Landesfrauenrat Sachsen e. V. berichtete von einer erfolgreichen Wahlkampagne polnischer Frauen im Oktober 2023, die mit ihren Themen die Frauen zur aktiven Teilnahme an den Parlamentswahlen ermutigt hatten. Die dadurch eingetretene höhere Wahlbeteiligung der Frauen hatte erheblichen Einfluss auf das Wahlergebnis.

Zu guter Letzt sprach Beatrice May über ihre Erfahrungen als Lehrerin und hob dabei hervor, wie wichtig Bildung und Aufklärung sind.

Ein kleiner Wermutstropfen bei der insgesamt gelungenen digitalen Veranstaltung war die Tonqualität, die nicht unseren Anforderungen entsprach. Daran werden wir definitiv arbeiten.

Wir danken allen Teilnehmenden und Referentinnen für ihre wertvollen Beiträge und freuen uns auf die nächste „Runde Ecke“!

SBB Frauen

Immer noch kein neues Angebot der CBC

## GDL ruft zum 15. Streik auf!

Das Landesarbeitsgericht Sachsen hat am 10. Juni 2024 in Chemnitz das grundsätzliche Streikrecht der GDL und damit die Koalitionsfreiheit nach Art. 9, Abs. 3 Grundgesetz zur Durchsetzung der berechtigten Interessen ihrer Mitglieder bei der City-Bahn Chemnitz (CBC) mittels Arbeitskampf bestätigt.

Es ist nun – wie schon in der Vergangenheit – an der CBC und ihren Eigentümern, nicht

weiter mit schlechteren Beschäftigungsbedingungen als andere Eisenbahnverkehrs-

unternehmen im Schienenpersonennahverkehr rund um Chemnitz zu agieren, sondern

mit einem verhandlungsfähigen neuen schriftlichen Angebot auf Marktniveau den Weg





© GDL-Ortsgruppe Chemnitz

für eine Einigung auf dem Verhandlungsweg freizumachen.

Der GDL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky unterstrich abermals: „Die GDL ist jederzeit bereit, wieder in Verhand-

lungen einzutreten, sofern die CBC ein seriöses Angebot unterbreitet, das eine stufenweise Arbeitszeitabsenkung auf die 35-Stunden-Woche ohne Entgeltabsenkung sowie eine marktgerechte Entgelterhöhung vorsieht. Solange dies

nicht der Fall ist, werden die GDL-Mitglieder weiter ihre grundgesetzlich geschützten Rechte wahrnehmen und für diese Ziele streiken!“

Da die CBC und die verantwortlichen Eigentümer der

öffentlichen Hand offenkundig keinerlei Interesse an einer Einigung und damit einer gerechten Bezahlung der Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der CBC haben, ruft die GDL ihre Mitglieder erneut zum Arbeitskampf auf. ■

## SBB Jugend

# Wirkung kommt von WIR. Gemeinsam mehr erreichen.

Am 25. Oktober 2024 findet in Chemnitz der Landesjugendausschuss der SBB Jugend statt.

Gemeinsam mehr erreichen: Es ist wieder so weit, im Rahmen des Landesjugendausschusses hast du die Chance, die Arbeit der SBB Jugend aktiv mitzugestalten und deine Interessen und Anliegen einzubringen.

Beginn ist um 14 Uhr im Hotel an der Oper in Chemnitz.

### ■ Warum mitmachen?

Du kannst mitbestimmen! Deine Ideen und Meinungen kön-

nen die Richtung beeinflussen, in die sich unsere SBB Jugend entwickelt! Nutze die Möglichkeit, konkrete Projekte und Initiativen zu starten! Wähle deinen Jugendvertreter im Land!

### ■ Kandidieren?

Du willst selbst kandidieren? Großartig! Reiche deine Bewerbung gern bei uns ein. Nutze gern das Formular, welches deine Fachgewerkschaft von uns überstellt bekommen hat.

### ■ Wir!

Der Landesjugendausschuss tagt und die Möglichkeit der Nachwahl einer Landesjugendleitung besteht. Die SBB Jugend ist die Jugendorganisation des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen. Ob Tarifbeschäftigte oder Beamte: Alle im Alter zwischen 16 und 30 Jahren sind bei der SBB Jugend bestens aufgehoben und aufgerufen mitzumachen. Denn gemeinsam können wir mehr



© Sloagan CWT

erreichen. Die SBB Jugend ist auch Mitglied der dbb jugend (bund).

Wirkung kommt von WIR. Denn WIR machen den Staat von morgen. Machst du mit? ■

dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt

# Für gute Lebensqualität im Alter

Zu einem ersten Meinungs- und Erfahrungsaustausch sind die dbb Seniorenvertreter der ostdeutschen Bundesländer im April dieses Jahres in der Geschäftsstelle des dbb mecklenburg-vorpommern in Schwerin zusammengetroffen. Außerdem fand im Juni eine gemeinsame Sitzung der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt mit der Landessenorenvertretung Sachsen-Anhalt statt.

In Schwerin wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Landesvorsitzenden des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, sowie vom stellvertretenden Vorsitzenden der dbb bundessenorenvertretung, Thomas Krupp, begrüßt.

In der anschließenden regen Diskussion standen Themen wie die Angleichung der Renten, die Doppelbesteuerung von Renten, altersgerechtes Wohnen, Gesundheit und Pflege, der ausgebliebene Inflationsausgleich für Rentner sowie die unterschiedlichen Werte für die Berechnung von Renten in Ost und West auf der Tagesordnung. Hierzu erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Vorlagenbeschluss der neuen Bundesländer für die Frühjahrssitzung der dbb bundessenorenvertretung am 29. und 30. April 2024 im dbb forum berlin.

Für die dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt nahm Heidemarie Ehlert, stellvertretende Vorsitzende, an dem Treffen teil: „Ich bin positiv überrascht über die vielen guten Gespräche und wünsche mir eine Fortsetzung dieses Dialogs.“

## ➤ Gemeinsame Sitzung mit der Landessenorenvertretung Sachsen-Anhalt

Am 12. Juni 2024 fand eine gemeinsame Sitzung der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt mit der Landessenorenvertretung Sachsen-Anhalt in Magdeburg statt. Themen-schwerpunkt waren Bestand-



➤ Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der gemeinsamen Sitzung der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt mit der Landessenorenvertretung Sachsen-Anhalt.

teile des seniorenpolitischen Programms von Sachsen-Anhalt, das Grundlage der künftigen Landespolitik in diesem Bereich sein wird.

## ➤ Ältere Menschen prägen die Gesellschaft

Zunehmend prägen ältere Menschen die Gesellschaft und damit gewinnen Fragen zu ihrer Lebenssituation an Bedeutung. Mit dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben ändern sich für die meisten die Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts. Wichtigste Einkommensquelle im Alter ist die gesetzliche Rente, die oft nicht ausreicht, um den Lebensstandard während des Erwerbslebens auch im Alter zu halten. Insbesondere führen Brüche in Erwerbsbiografien und niedrige Löhne zu geringen Rentenansprüchen.

## ➤ Aktiv und selbstbestimmt alt werden

Besonders schwierig gestaltet sich die Lebenssituation für ältere Menschen in ländlichen Wohngebieten. Während in größeren Städten die Mobilität älterer oder behinderter Menschen durch S- und U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse gewährleistet ist, stehen im ländlichen Bereich oft nur Linien- oder Schulbusse zur Verfügung, die lediglich ein bis zweimal täglich fahren. Das stellt die Senioren häufig vor große Problemen. „Aktiv und selbstbestimmt alt werden zu können, setzt Mobilität voraus“, sagt Walter Jertzimbeck, Vorsitzender der dbb seniorenvertretung sachsen-anhalt. Den Seniorinnen und Senioren müsse ein bedarfsgerechtes Mobilitätsangebot zur Verfügung gestellt werden.

Die Einführung des 49-Euro-Tickets sei zwar zu begrüßen, im ländlichen Raum gestalte sich seine Nutzung jedoch wegen schlechter Verkehrsverbindungen schwierig. „Hier kommt dem öffentlichen Personennahverkehr eine Schlüsselrolle zu“, betont Jertzimbeck.

## ➤ Schaffung von altersgerechtem Wohnraum

Auch die Qualität des Wohnumfeldes ist mitentscheidend für die Chancen, bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben im eigenen Haushalt führen zu können, wie es die meisten Menschen wünschen. Barrierefreiheit in Wohnungen und Wohnumfeld sei hier unverzichtbar. Der Bau von altersgerechtem Wohnraum, wie zum Beispiel Anlagen für Mehrgenerationenhäuser oder betreutes Wohnen, sei dringend notwendig. „Für Menschen, die nicht alleine leben wollen oder können, darf das Leben in einem Heim nicht die einzige Alternative sein“, äußert Jertzimbeck. Es sei sehr schwer, seniorengerechte Wohnungen zu finden. Die wenigen geförderten Wohnbauprojekte würden stark nachgefragt. „Es muss ein vielfältiges Wohn- und Beratungsangebot vorgehalten werden. Hier ist die Politik gefordert. Klare Rahmenbedingungen sind unabdingbar“, betont Jertzimbeck.

## ➤ Versorgungslücken schließen

Zu den besonderen Herausforderungen zählt die Abdeckung



des Pflegebedarfes. Die meisten Menschen wollen im vertrauten Umfeld älter werden und sind deshalb auf eine gute Versorgung und Unterstützung angewiesen. Hier gelte es, neue Wege in der Versor-

gung, Betreuung und Pflege zu gehen. Die klassischen Versorgungsformen, wie ambulante oder stationäre Pflege, könnten dem Bedarf nicht immer gerecht werden. „Es müssen neue Strukturen ge-

schaffen werden, um die Versorgungslücken zu schließen“, äußert Jertzimbeck.

Fazit: Mobilität, barrierefreie Wohnungen und Wohnumfeld, Angebotsstrukturen für die Be-

gung, Unterstützung, Beratung, Betreuung und Pflege älterer, chronisch kranker und behinderter Menschen sind wesentliche Bausteine für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. ■

dbb frauenvertretung sachsen-anhalt

## Digitale Verwaltung – Erfolgskurs für Frauen im öffentlichen Dienst!

Im Nachgang zum Seminar der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt „Digitalisierung – Chancen und Risiken für Frauen im öffentlichen Dienst“ kam der Vorstand der dbb frauenvertretung am 10. Juni 2024 mit der Ministerin für Infrastruktur und Digitales Sachsen-Anhalt, Lydia Hüskens, zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Wie weit ist die Digitalisierung des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt fortgeschritten? Wo finden sich Frauen in dieser „Arbeit 4.0“ wieder? Mit diesen und weiteren Fragen setzten sich die Gesprächsteilnehmerinnen auseinander.

rente Auswertung von Beurteilungen innerhalb der jeweiligen Behörde stattfindet. Die Bereitschaft, sich kontinuierlich fortzubilden, soll durchaus in Beurteilungen einfließen. Dies sei ein Anreiz für lebenslanges Lernen.

### ➤ Frauen dürfen nicht abgehängt werden

„Der öffentliche Dienst muss bereits jetzt die richtigen Rahmenbedingungen setzen, damit Frauen in ihrer beruflichen Entwicklung nicht abgehängt werden“, forderte Michaela Neersen, Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt, bei dem Gespräch. Neersen weiter: „Dazu gehört, dass für Frauen zeitliche Korridore für Fort- und Weiterbildung eröffnet werden. Außerdem ist der Wechsel von einer Präsenz- zu einer Ergebniskultur überfällig. Frauen im Homeoffice werden immer noch als weniger produktiv beurteilt als Kolleginnen und insbesondere Kollegen, die ihre Arbeit in ihrer Behörde erbringen.“ Wichtig sei, dass eine transpa-

### ➤ Zusammenarbeit großschreiben

Ministerin Hüskens verwies auf die hohe Bedeutung der Digitalisierung infolge des spürbaren und weiter wachsenden Personalmangels im öffentlichen Dienst: „Diesen bekämpfen wir, indem wir Prozesse automatisieren und damit Massenvorgänge ohne Eingriffe von Personal bearbeiten. Die Automatisierung ist alternativlos“, erklärte Hüskens. Wichtig sei, dass es eine Beteiligung der Beschäftigten oder zumindest der Führungskräfte in den Behörden gebe, um neue Prozesse gewinnbringend einführen zu können. Die Ministerin betonte in diesem Zusammenhang die wachsende Verantwortung der Führungskräfte: „Diese benötigen



➤ Karen Eschner, 2. stellvertretende Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt, Lydia Hüskens, Ministerin für Infrastruktur und Digitales Landes Sachsen-Anhalt, Michaela Neersen, Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt, Janine Dietz, 1. stellvertretende Vorsitzende der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt (von links)

entsprechende Soft Skills, die durch Weiterbildungen gefördert werden müssen.“ Zusammenarbeit müsse großgeschrieben werden. Dabei sei klar, dass die Räumlichkeiten der neuen Form der Zusammenarbeit angepasst werden müssen. Der feste Arbeitsplatz stehe zur Disposition und werde perspektivisch von, wie es im Koalitionsvertrag formuliert wurde, behördlichen „shared spaces“ abgelöst. Geteilte Arbeitsplätze seien durchaus Teil der neuen, agilen und mobilen Arbeitswelt. Es liege an jedem und jeder Einzelnen, dass die Kommunikation in einem Team oder einem Bereich aufrechterhalten bleibe. Ministerin Hüskens geht davon aus, dass mit dem Generationswechsel innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre alle Arbeitsprozesse vollstän-

dig digital bearbeitet werden können. „Es ist nicht effektiv, Vorgänge auf Papier umständlich in digitale Prozesse zu übersetzen“, unterstrich Hüskens.

Neersen konstatierte: „Gerade aufgrund des Personalmangels gilt es, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhalten. Denn eins ist klar: Ohne Frauen wird es der öffentliche Dienst in Sachsen-Anhalt nicht schaffen, zukunftsfähig zu werden und seine Funktionsfähigkeit abzusichern.“

Seitens der dbb frauenvertretung sachsen-anhalt nahmen neben der Vorsitzenden Michaela Neersen die 1. stellvertretende Vorsitzende Janine Dietz und auch die 2. stellvertretende Vorsitzende Karen Eschner teil. ■

DPoIG Sachsen-Anhalt

# Malhefte zur Verkehrserziehung

1 000 Malhefte zur Verkehrserziehung wird die DPoIG Sachsen-Anhalt noch vor Beginn des neuen Schuljahres der Solestadt Bad Dürrenberg zur Verfügung stellen. Das wurde bei einem Gespräch zwischen Veit Richter, Mitglied im DPoIG-Landesvorstand, und dem Bürgermeister der Stadt, Christoph Schulze (CDU), sowie Angehörigen der Feuerwehr Tollwitz am 15. Juni 2024 auf dem Autohof Nempitz vereinbart.

berg Bedarf an Malheften anmeldete, äußerte sich begeistert: „Ein ganz großes Dankeschön richte ich insbesondere an die vielen Sponsoren aus unserer Region, die mit ihren Geldspenden die Erstellung der Malhefte erst ermöglicht haben.“

Richter präsentierte bei dem Treffen die seit Jahren von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Sachsen-Anhalt kostenlos zur Verfügung gestellten Malhefte zur Verkehrserziehung.

Landesweit werden Schulen, Kindergärten und interessierte Bürger mit den durch Sponsoren finanzierten Heften versorgt, um die Verkehrssicherheit, insbesondere der

Vorschul- und Grundschulkin- der, weiter zu optimieren.

Denn Kinder zählen zu den besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmern. Daher ist es der DPoIG Sachsen-Anhalt enorm wichtig, Kinder so früh wie möglich über die Gefahren und das richtige Verhalten im Straßenverkehr aufzuklären.

Tolle Ausmalbilder geben in den speziell für Vorschulkinder

und Schulanfänger pädagogisch entwickelten Malheften wichtige Hinweise zum Thema „Radfahren im Straßenverkehr“. Auch die „Kleinsten“ erhalten auf diese Weise eine kindgerechte Verkehrserziehung und setzen sich beim Malen mit schwierigen Situationen im Straßenverkehr auseinander.

Bürgermeister Schulze, der umgehend für Bad Dürren-

Landesvorsitzender Olaf Sendel fügte den Worten des Bürgermeisters hinzu: „Die Solestadt Bad Dürrenberg ist seit Jahren ein verlässlicher Partner in der Verkehrssicherheitsarbeit mit Kindern. Die Kleinsten und Schwächsten frühzeitig auf die Gefahren im Straßenverkehr vorzubereiten und durch die Vermittlung richtigen Verhaltens zu schützen, ist eine entscheidende Aufgabe der Gesellschaft.“



© DPoIG Sachsen-Anhalt

> Bürgermeister der Solestadt Bad Dürrenberg, Christoph Schulze (CDU) (4. von links), und Veit Richter, Mitglied im Landesvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Sachsen-Anhalt (5. von links), mit Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr Tollwitz



## Mitgliederversammlung des DBSH Sachsen-Anhalt

# Neuer Vorstand gewählt

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH) Sachsen-Anhalt hat am 1. März 2024 in Magdeburg einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender ist Lennard Eschenberg. Außerdem zogen die Mitglieder Bilanz aus den bisherigen Aktivitäten des DBSH und fassten Beschlüsse zu gewerkschaftspolitischen Zielen für die nächsten vier Jahre.

### Soziale Arbeit ist vielschichtig und komplex

„Ich bedanke mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Die Herausforderungen, mit denen sich die Beschäftigten in Feldern der Sozialen Arbeit konfrontiert sehen, sind vielschichtig und komplex. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und Entscheidungen auf der Grundlage fachlicher Überlegungen treffen zu können, bedarf es unterstützender Rahmenbedingungen und struktureller Veränderungen. Dafür möchte ich mich in den nächsten Jahren einsetzen. Denn nur strukturelle Lösungen auf politischer Ebene werden die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit verbessern“, sagte der 30-jährige Eschenberg nach seiner Wahl.

### Frischer Wind im DBSH

Komplettiert wird das Vorstandsteam durch den stellvertretenden Vorsitzenden Gernot Eisermann, Ulrike Rose (verantwortlich für Finanzen), Tanja Amelang (verantwortlich für Jugendarbeit) sowie Melita Solis (verantwortlich für Frauenarbeit). Die neuen Vorstandsmitglieder bringen vielfältige Erfahrungen und frischen Wind in den Verband, eine gute Basis für eine erfolgreiche Arbeit. Der ehemalige

Vorsitzende Danny Ilgauds stand für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung.

### Lösungen auf den Weg gebracht

Der scheidende Vorsitzende Ilgauds würdigte in seinem Rechenschaftsbericht insbesondere die Aktivitäten des Jungen DBSH (JDBSH). Die Aktivengruppe im Netzwerk „Prekäres Praktikum“ in Magdeburg habe es mit ihrer unermüdlichen Arbeit geschafft, dem Thema unbezahlte Praktika Gehör zu verschaffen und auf diese Weise konkrete Lösungen auf den Weg zu bringen. Die Gruppe werde weiterhin regelmäßig Updates auf Instagram veröffentlichen.

Lobende Worte fand Ilgauds auch für die vielfältigen Aktivitäten des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. So habe der dbb als Dachverband des DBSH zahlreiche Fortbildungen organisiert und im gesamten Bundesgebiet hätten zahlreiche Netzwerktreffen stattgefunden. Auch die Unterstützung von Mitgliedern in beruflichen und sozialen Belangen sei immer wieder von Erfolg gekrönt gewesen. Besonders hob Ilgauds in diesem Zusammenhang das Engagement des DBSH in der Kampagne „Soziale Arbeit ist systemrelevant“ hervor. Mit



> Vorstandsmitglieder des DBSH

dieser Kampagne wurde auf die Bedeutung des Berufsfeldes „Soziale Arbeit“ aufmerksam gemacht und entsprechende Wertschätzung angemahnt.

Resümee: Die Mitgliederversammlung hat wieder einmal

mehr gezeigt, wie wichtig das gemeinsame Engagement für die Soziale Arbeit ist. „Wir blicken motiviert in die Zukunft und freuen uns auf die kommenden Herausforderungen und Projekte“, betonte der neue Vorsitzende Lennard Eschenberg abschließend. ■

### Lennard Eschenberg

Der neue Vorstandsvorsitzende des DBSH Sachsen-Anhalt wurde 1994 geboren und ist wohnhaft in Magdeburg. Seit 2018 studiert er Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal. In der Wohnungslosenhilfe mit Jugendlichen und im Dachverband DER PARITÄTISCHE absolvierte er sein Praktikum. Nach seinem Abschluss als Bachelor in Sozialer Arbeit strebt er ein Masterstudium für Sozialwissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg an. Durch das Netzwerk Prekäres Praktikum ist er auf den DBSH aufmerksam geworden und seit 2020 Mitglied.



© DBSH (2)

## Besoldung Thüringen

# Kabinett beschließt Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

Das Thüringer Kabinett hat am 2. Juli 2024 die Dritte Verordnung zur Änderung der Thüringer Erschwerniszulagenverordnung beschlossen. Damit werden die Stundensätze für die Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ) zum 1. Juli 2024 erhöht.

Im Einzelnen ist folgende Anpassung vorgesehen: Die Sätze für Dienst an Sonn- und Feiertagen steigen von 3,80 Euro auf 5,00 Euro, für Dienst an Samstagen (13 Uhr bis 20 Uhr) von 1,05 Euro auf 1,50 Euro sowie für Arbeit in den Nachtstunden (20 Uhr bis 6 Uhr) von 1,76 Euro auf 5,00 Euro.

Die Wechselschichtzulage und die Schichtzulagen werden im Gegenzug zur signifikanten Erhöhung der Zulagen für den



© Fabian Holtappels/Pixabay

Dienst zu ungünstigen Zeiten abgeschafft.

Die Erhöhung der Zulagen gilt für alle Beamtinnen und Beamten in Thüringen, die Dienst zu ungünstigen Zeiten verrichten. Vorrangig ist das im Polizei- und Justizbereich der Fall.

Der tbb begrüßt die finanziellen Verbesserungen für den gesamten betroffenen Personenkreis. Schon im Vorfeld der Anpassung hatte der tbb sich für eine besoldungsrechtliche Gesamtbetrachtung aller Beschäftigtengruppen und ihrer Besonderheiten eingesetzt, damit nicht immer wieder in herausgepickten Einzelgruppen Änderungen ohne Gesamtbezug vorgenommen werden. ■

## Amtsangemessene Alimentation

# Besoldung bleibt unzureichend

„Die Besoldung in Thüringen bleibt trotz der vorgesehenen Verbesserungen zu gering“, hat der Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes (tbb), Frank Schönborn, nach Verabschiedung des Besoldungsgesetzes im Landtag festgestellt. Positiv sei zwar hervorzuheben, dass der Gesetzgeber seinem regelmäßigen, durch das Bundesverfassungsgericht auferlegten Prüfauftrag nachgekommen ist und Anpassungen vornimmt, jedoch sei die Besoldungsanhebung für 2024 und 2025 unzureichend und bleibe um 3,25 Prozent hinter der Tarifeinigung zurück.

Der tbb hatte eine klare Trennung zwischen der Übertragung der Tarifergebnisse und der Überprüfung der Amtsangemessenheit der Besoldung

gefordert. Mit einer Erhöhung von nur 1,46 Prozent zum 1. November 2024 bleibt die Besoldungsentwicklung nicht nur hinter der der Tariflöhne

mit 4,76 Prozent zurück, sondern halte auch mit der Entwicklung der Nominallöhne (3,1 Prozent) und der Verbraucherpreise (2,6 Prozent) in Thüringen nicht Schritt. Das Bundesverfassungsgericht hatte außerdem einen Abstand der Besoldung zu den Leistungen zur Grundsicherung gefordert, die zu Jahresbeginn um circa 12 Prozent gestiegen sind.

### ■ „Herdprämie“ stößt auf Ablehnung

Auf vehemente Ablehnung des tbb stößt auch die Einführung eines alimentativen Ergänzungszuschlags durch das Gesetz. Dieser wird gezahlt, wenn der Ehepartner unter der Hin-

zuverdienstgrenze bleibt. Für den tbb ist es nicht nachvollziehbar, warum die Bezahlung des Beamten in Abhängigkeit vom Verdienst des Ehepartners stehen soll. Eine solche „Herdprämie“ sei nicht nur verfassungsrechtlich bedenklich, sondern widerspreche auch den politischen Zielen der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau, der freien Entscheidung über die Formen des Zusammenlebens sowie der diskriminierungsfreien Fachkräftegewinnung unabhängig vom Familienstand. „Der alimentative Ergänzungszuschlag ist mittelbar geschlechterdiskriminierend und prozedural nicht gerechtfertigt“, hatte der tbb deshalb in seiner Stellung-



nahme zum Besoldungsgesetz argumentiert. Inwieweit das Besoldungsgesetz in Thüringen den Ansprüchen einer amtsan-gemessenen Alimentation ent-spricht, werden wohl die Ge-richte endgültig entscheiden müssen.

#### ▣ Wann werden erhöhte Zahlungen geleistet?

Mit den Zahlungen aufgrund des neues Besoldungsgesetzes für die Jahre 2024 und 2025 ist nicht vor August 2024 zu rechnen. Davon ausgenom-

men sind die Nachzahlungen zur Inflationsausgleichszah-lung. Da hier für jeden Beam-ten individuell gerechnet werden muss, erfolgt die Nachzahlung mit der Abrech-nung Oktober 2024 (Zahltag: 30. September 2024), laut

TLF – Thüringer Landesamt für Finanzen. Erst im November 2024 ist – zeitgleich mit den Vorgaben im Tarifabschluss TV-L – eine prozentuale Erhö-hung der Besoldung bezie-hungsweise Versorgung vor-gesehen. ■

DSTG Thüringen

## 22. Thüringen-meisterschaften der Finanzverwaltung

Am 12. Juni 2024 fanden die 22. Thüringenmeister-schaften der Thüringer Finanzämter unter der Schirmherrschaft von Finanzministerin Heike Tau-ber in Gera statt. Die Deutsche Steuer-Gewerk-schaft Thüringen sorgte für einen gelungenen Tag ganz im Zeichen des Sports und des Austauschs für die Bediensteten der Thüringer Finanzverwaltung.

Fast 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten sich in ver-schiedenen Einzel- und Team-wettbewerben wie Bowling, Kegeln, Tennis, Schach, Skat, Tischtennis, Wellnesslauf und Fußball messen. Das Team des Finanzamtes Gera rund um Frank Liebold und Reiko Metka sorgte für die Organisation, die musikalische Unterhaltung und für die Kuchenstation im Stadi-on, wo das Team von Frau Hart-haus flüssige und handfeste Sportlervspflegung bereithielt.

Bei herrlichem Sonnenschein eröffneten die Vorsitzende der DSTG Thüringen, Nicole Sie-ber, Staatssekretär Hartmut Schubert und der Vertreter der Stadt Gera, René Soboll, die Veranstaltung. Schirmherrin Heike Taubert konnte leider wegen dringender Termine in Berlin nicht selbst anwesend sein. Gut gelaunt starteten im Anschluss die Teilnehmer in die Wettbewerbe.

#### ▣ Unterstützung durch DSTG-Partner

Unterstützt wurde die Veran-staltung durch die Partner der DSTG: Für die Debeka traten außer Konkurrenz eine Fußball-mannschaft und Teilnehmer beim Wellnesslauf an. Außer-dem versorgte die Versiche-rung die Sportlerinnen und Sportler an einer Obstbar mit frischen Vitaminen. HUK-Co-



burg, BBBank und Versiche-rungskammer Bayern standen an ihren Infoständen Rede und Antwort zu allen Fragen rund um die Themen Versorgung, Versicherung und Finanzierung. Die Generali schließlich unter-stützte die Läufer und Fußball-ler mit isotonischen Getränken.

Highlight am Nachmittag war das Endspiel im Kleinfeldfußball, das die Mannschaft der SG Go-tha/Erfurt in einem spannenden Spiel gegen Titelverteidiger FA Jena für sich entscheiden konnte.

Anschließend ehrten Staatsse-kretär Schubert, die DSTG-Lan-desvorsitzende Nicole Siebert und Ricardo Höhn von der HUK-Coburg die Sieger mit Urkunden und den von der HUK-Coburg gestifteten Siegerpokalen.

In den Einzel- und Teamwett-bewerben wurden beachtliche Leistungen errungen, die auf der Homepage der DSTG Thü-ringen <https://www.dstg-thueringen.de/abgerufen> werden können.

Die Siegerteams sowie alle Gewinner der Einzelwettbe-werbe qualifizierten sich für das Deutschlandturnier der Fi-nanzämter 2025 in Augsburg. Herzlichen Glückwunsch!

#### ▣ Ausrichter für 2025 gesucht

Nach fünf Jahren pandemie-bedingter Pause ist ein neuer Auftakt gelungen. Ein herzlicher Dank an dieser Stelle an das Team des Finanzamtes Gera für die tolle Organisation vor Ort, allen Helferinnen und Helfern sowie den Sponsoren der DSTG.

Auf Wiedersehen bis zum nächsten Jahr, wenn es wieder heißt: Sport frei! Hierfür wird dringend noch ein Ausrichter gesucht, der unser DSTG-Team bei den dann 23. Thüringen-meisterschaften der Finanz-verwaltung unterstützt.

*DSTG Thüringen  
Landesvorsitzende  
Nicole Siebert*



© DSTG Thüringen (2)

## GdS Gewerkschaft der Sozialversicherung Gewerkschaftstag des Kreisverbands Saale/Orla

Einen erfreulichen Mitgliederzuwachs konnte die wiedergewählte Vorsitzende Elke Reiher beim Gewerkschaftstag des Kreisverbands Saale/Orla am 22. Mai 2024 in Bodelwitz bei Pößneck feststellen. In den vergangenen fünf Jahre seien doppelt so viele Beitritte wie Abgänge zu verzeichnen gewesen, teilte sie in einem Rückblick auf die zurückliegende Amtsperiode mit. Diesen positiven Trend gelte es, fortzusetzen und durch ein aktives Gewerkschaftsleben weiterhin zu unterstützen. So



hätten neben Wanderungen und Ausflügen im Sommer auch Weihnachtsmarktbesuche stattgefunden. Zum Internationalen Frauentag gab es Blumen oder kleine Präsente für die Frauen.

Bei diesen Aktionen könne mit der Unterstützung des GdS-Landesverbandes Thüringen und seiner neu gewählten Leitung gerechnet werden. So hatte der Landesvorsitzende Sven Isler auch die Wahlleitung beim Gewerkschaftstag des Kreisverbands Saale/Orla über-

nommen. Wiedergewählt wurden neben der Vorsitzenden Elke Reiher auch der stellvertretende Vorsitzende Steffen Feistel und Schatzmeister Frank Weidemann.

Schließlich gab es auch ein Jubiläum: Simone Weihert wurde zu ihrer 25-jährigen GdS-Mitgliedschaft beglückwünscht.

*Elke Reiher,  
Vorsitzende GdS-KV Saale/Orla  
Gewerkschaft der  
Sozialversicherung*

## Verband Hochschule und Wissenschaft | vhw Thüringen

# Personalentwicklung und gute Arbeit

Das Land Thüringen hat für die Personalentwicklung an den Hochschulen Ziele und Maßnahmen definiert. Ein Empfehlungspapier sieht dazu vor:

- > **Ausbau von wissenschaftlichen Karrierewegen:** Die Hochschulen begleiten die Qualifizierungsphase der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Karrierekonzepten. Hierzu werden typische Karrierewege weiter ausgestaltet und ein durchgängiges Beratungsangebot während der Qualifizierungsphase eingerichtet, das auch berufliche Optionen außerhalb der Wissenschaft berücksichtigt.
- > **Personalgewinnung und -bindung:** Entsprechend der Bedeutung von Dauerbeschäftigungen legen die Hochschulen für die unbefristete Besetzung

von Stellen Wert auf qualitätsgeleitete, objektivierbare und transparente Auswahlverfahren. Mit nicht wissenschaftlichem Personal, das mit Daueraufgaben betraut ist, schließt die Hochschule in der Regel unbefristete Beschäftigungsverhältnisse ab oder nimmt entsprechende Verbeamtungen vor. Stellenbeschreibungen für Tarifbeschäftigte beziehungsweise Dienstpostenbewertungen für Beamtinnen und Beamte sollen stets das aktuelle, an den ausübenden Aufgaben orientierte Anforderungsprofil mit Ausweis der erforderlichen fachlichen Qualifikationen und Kompetenzen

abbilden. Die Übertragung höherwertiger Aufgaben beziehungsweise Beförderungen werden im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten zeitnah realisiert.

- > **Ausbildung mit Perspektive:** Auszubildende beziehungsweise Beamtenanwärterinnen und -anwärter werden nach erfolgreicher Ausbildung im Regelfall in ein unbefristetes Angestellten- beziehungsweise Beamtenverhältnis übernommen.
- > **Verbesserte Arbeitsbedingungen:** Die Hochschulen sollen ihre Attraktivität für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber erhöhen. Sie ergreifen zu diesem Zweck Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, bieten insbesondere flexible Modelle für Arbeitszeit und Arbeitsort

an und entwickeln das betriebliche Gesundheitsmanagement fort. Die Hochschulen entwickeln ein Onboarding-Management zur schnellen Integration von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in die Hochschulorganisation. Mit organisatorischen Maßnahmen zur modernen Arbeitsplatzausstattung stellen sie ein attraktives Arbeitsumfeld sicher.

- > **Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten:** Um allen Beschäftigten in Lehre, Verwaltung, Technik und in den Laboren die Möglichkeit zu geben, sich den ständig wachsenden Anforderungen mit Erfolg zu stellen, werden die Hochschulen – auch mithilfe hochschulübergreifender Kooperationen – die hierzu erforderlichen Weiterbildungsmöglichkeiten



weiter ausbauen. Bei absehbarer Verwendung für neue Aufgaben soll eine zielgerichtete Personalentwicklung vorangetrieben werden, um den Anforderungen der Stelle gerecht werden zu können. Durch das Umsetzen von Personalentwicklungskonzepten sollen Mitarbeitende in Technik und Verwaltung in ihrer beruflichen Entwicklung und ihrer fachlichen und sozialen Kompetenz gefördert werden.

#### ► **Weiterentwicklung der Führungskräfte:**

Die Professionalisierung der Führungskräfte möchte das Land durch die Etablierung von Mentoring- und Patenschaftsmodellen/-programmen vorantreiben, um Führungs- sowie fachliche und soziale Kompetenzen zu fördern. Neben den klassischen Fortbildungsmaßnahmen wird das Coaching für individuelle Fort- und Weiterbildungen verstärkt zum Einsatz kommen.

#### ► **Etablierung von Anreizmodellen:**

Die tarifvertraglichen Möglichkeiten zur Honorierung

herausragender Leistungen sollen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalkostenbudgets systematisch genutzt werden. Das Land wird sich für die Etablierung eines Zulagensystems einsetzen, um für die Gewinnung von Personal in kritischen Bereichen, insbesondere beim IT-Personal, attraktive Entgeltstrukturen bieten zu können und den dafür nötigen finanziellen Rahmen schaffen. Das Land wird sich für die Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten zur Gewährung zusätzlicher Benefits wie zum Beispiel Jobtickets oder Jobbikes einsetzen. Als ein Anzeilelement soll nach Möglichkeit eine hochschulübergreifende Stellenbörse eingeführt werden.

#### ► **Entwicklungsziele und Maßnahmen im Überblick**

Die zentralen Aussagen des Empfehlungspapiers sind:

► Die Profilierung der Hochschulen müsse vorangetrieben werden; jede Hochschule

brauche ein attraktives, unverkennbares Profil.

- Dementsprechend müsse auch das Studienangebot – sowohl mit Blick auf Themen (zum Beispiel Digitalisierung und Nachhaltigkeit) als auch Flexibilisierungsmöglichkeiten – regelmäßig evaluiert und angepasst werden, um der Konkurrenz privater Hochschulen besser zu begegnen.
- Gleiches gelte auch für das Weiterbildungsangebot der staatlichen Hochschulen, welches im Rahmen hochschulübergreifender Einrichtungen zunehmend vorangetrieben werden solle.
- Mit Blick auf die zukünftig schwierigere Finanzlage in Bund und Ländern empfehle die AG eine Intensivierung hochschulübergreifender Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der Verwaltung, IT-Dienste, Hochschulbibliotheken und Archive.
- Schließlich müssen Hochschulen noch stärker als regionale Innovationsmotoren fungieren, das heißt die Transferaktivitäten durch mehr Kooperationen mit der

Wirtschaft oder durch eigene Ausgründungen weiter zu stärken

#### ► **Ausblick**

Die Leitlinien enthalten die Zielvorstellungen des Ministeriums über die strukturelle Entwicklung der Hochschulen und deren Ausbauplanung und dienen als Basis für die Rahmenvereinbarung VI, die neben Art und Umfang der staatlichen Hochschulfinanzierung die strategischen Leistungs- und Entwicklungsziele der Hochschulen für den Zeitraum 2026 bis 2030 definieren wird. Die Thüringer Hochschulen legen bis Ende Juni 2024 dem Ministerium ihre Struktur- und Entwicklungspläne für den Zeitraum bis 2030 vor. Nach Abschluss der Rahmenvereinbarung VI werden das Land und die Hochschulen auf dieser Grundlage die hochschulindividuellen Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Jahre 2026 bis 2030 aushandeln und abschließen.

*vhw Thüringen  
Vorsitzender  
Prof. Jürgen Müller*

## TPhV – Thüringer Philologenverband

# Ernüchternde Schuljahresbilanz

„Für die Lehrkräfte vor Ort hat sich in diesem Schuljahr wenig an ihrer Situation geändert: Der gravierende Personalmangel ist unverändert, die Herausforderungen sind weitergewachsen, die Aufgabenfülle hat nicht abgenommen, Entlastungsmaßnahmen sind Mangelware ...“, so Heike Schimke, Vorsitzende des Thüringer Philologenverbandes.

Das ist nach einem anstrengenden Schuljahr eine ernüchternde Bilanz – vor allem mit Blick auf die vagen Bedingungen, unter denen das neue Schuljahr starten wird.

Noch ist unklar, ob es gelingen wird, die ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen durch neu eingestellte Lehrkräfte zu ersetzen, damit der Unter-

richtsausfall nicht weiter zunimmt.

#### ► **Zusatzbelastungen durch neue Schulordnung**

Die neue Thüringer Schulordnung tritt in die erste Phase der Umsetzung, was zu zusätzlichen Herausforderungen durch neue Studentafeln,

neue Absprachen und Umstellungen in den Fachschaften durch die Umsetzung neuer Lehrpläne, Neukonzipierung von Unterrichtsvorbereitungen und die Vorbereitung der neuen Oberstufe führen wird.

„Es ist richtig, dass das TMBJS viele Maßnahmen ergriffen hat, um neues Personal zu gewinnen. Das gelingt je nach

Schulart und Region mit sehr unterschiedlichem Erfolg. An der Situation der Lehrkräfte, die sich im Dienst befinden, hat sich jedoch nichts Entscheidendes getan. Das muss sich dringend ändern“, so Heike Schimke weiter. „Es müssen dringend Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung für die Lehrkräfte im Dienst folgen, um die Situation an den Schulen zu entspannen und den weiteren Verlust von Lehrkräften zu verhindern.“

*Heike Schimke,  
Vorsitzende  
Thüringer Philologenverband*

